

## Rede

### **Elke Hannack**

Stellvertretende DGB-Vorsitzende

## **5. Ordentlicher Gewerkschaftskongress der IG BCE**

13. Oktober 2013 in Hannover

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen des DGB-Bundesvorstandes möchte ich mich herzlich für die Einladung bedanken. Ich überbringe Ihnen und euch die **Grüße der im DGB verbundenen Gewerkschaften**.

Der Bund hat die Aufgabe, einen Prozess zu organisieren, um am Ende gemeinsame Positionen mit unseren Mitgliedsgewerkschaften zu entwickeln. Dieser Prozess ist manchmal mühsam und nicht immer leicht. Er ist aber die unabdingbare Voraussetzung dafür, um schließlich als **Einheitsgewerkschaft** erfolgreich nach außen, in die Öffentlichkeit und in die Politik zu wirken.

Es hat sich gezeigt und wird sich auch in Zukunft zeigen, dass **Konsensprinzip und Kooperationsbereitschaft** die wichtigsten Grundlagen einer erfolgreichen Arbeit der deutschen Gewerkschaftsbewegung sind. Dafür braucht es einerseits die, die den Konsens suchen und gestalten wollen. Und andererseits genauso die, die sich auf gemeinsames Handeln immer wieder einlassen.

Wir können als Gewerkschaften **nicht erfolgreich sein, wenn wir nicht immer wieder aufeinander zugehen**. Das ist in der betrieblichen Arbeit selbstverständlich und auf der politischen Bühne überlebenswichtig. Dass wir dabei in unserem Bund **unterschiedliche Traditionen** haben, dass wir auch **abweichende Meinungen** darüber haben, wie Politik zu gestalten und zu beeinflussen ist – das ist normal und **alltäglich**. Genau dafür haben wir den **Bund, die Einheitsgewerkschaft, um unterschiedliche Meinungen zusammenzubinden** und **gemeinsam handlungsfähig** zu sein.

Wir haben den Bund, um **Solidarität untereinander** und mit Anderen zu entwickeln, zu organisieren.  
Das gelingt, weil wir alle **gleiche Wurzeln** haben und für die **gleichen Werte** kämpfen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

in diesem Frühjahr haben wir hier in Hannover und kurz darauf in Berlin unter dem Motto „Wir stärken Freiheit, Demokratie und Solidarität“ dem 80. Jahrestag der **gewaltsamen Zerschlagung** der deutschen Gewerkschaftsbewegung am 2. Mai 1933 durch die Nationalsozialisten gedacht.

Eine der Konsequenzen aus der Erfahrung der in Richtungsgewerkschaften gespaltenen deutschen Arbeiterbewegung und ihrer Zerschlagung war die **Gründung der Einheitsgewerkschaft**.  
Statt sich mit weltanschaulichen und politischen Richtungskämpfen gegenseitig zu schwächen, haben unsere Vorgänger nach dem Zweiten Weltkrieg die Kräfte in der Einheitsgewerkschaft gebündelt.

Sie, die **Einheitsgewerkschaft**, ist neben der **Mitbestimmung** und der **Tarifautonomie** Grundbedingung dafür, dass wir uns erfolgreich für die Interessen unserer Mitglieder, für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, einsetzen können. Und mehr noch: Einheitsgewerkschaft, Tarifautonomie und Mitbestimmung haben maßgeblich zur **Vermeidung sozialer Kämpfe und damit zur Stärkung der Demokratie** beigetragen!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Gewerkschaften sind **Gestaltungsmacht**, sie sind verlässliche **Sozialpartner**. Das haben wir in den letzten Jahren und gerade während der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise mehr als andere wirtschaftliche und politische Akteure bewiesen.

Wir verstehen Sozialpartnerschaft so, dass wir das alleine, ohne Politik, gestalten, was in der Arbeits- und Wirtschaftswelt geht. Das gilt nicht nur für akute Probleme, sondern auch für **Zukunftsthemen** wie die Gestaltung des demografischen Wandels, der euch besonders am Herzen liegt. Doch für die Gestaltung brauchen wir **Partner**, starke Arbeitgeberverbände – und die finden wir nicht überall so verlässlich wie in der Chemie.

Wo wir wegen der massiven Verbandsflucht der Arbeitgeber aber keine Partner finden oder wenn die Probleme in der globalisierten Wirtschaft zu schwierig sind, dann, und nur dann, brauchen wir die **Politik**. Sie **kann und muss den Rahmen setzen**, den wir z.B. mit unseren Tarifverträgen füllen.

Dabei haben Betriebsrätinnen und Betriebsräte und Vertrauensleute nicht nur die Interessen der Beschäftigten vor Augen. Es ging und geht ihnen auch um den **Zusammenhalt unserer Gesellschaft** in einer krisenhaften Zeit. Wir haben dabei offensichtlich einen **guten Job gemacht**. Denn wir können heute sagen: **Gewerkschaften sind wieder gefragt** in Deutschland. So habt Ihr es, liebe Kolleginnen und Kollegen, in einem Eurer Anträge formuliert. Wir wissen alle, dass das in den letzten zehn Jahren nicht immer so war. Wir alle waren **Anfeindungen und Verunglimpfungen** ausgesetzt, wir galten als Reformbremsen und Fortschrittsverweigerer.

Aber, Kolleginnen und Kollegen, wir haben das tiefe Tal durchschritten. Wir haben die **richtigen Themen** besetzt und uns dabei auf die konzentriert, bei denen uns die Menschen viel zutrauen.

Das ist vor allem das Thema **Neue Ordnung der Arbeit**. Wir erfahren viel Zustimmung wenn es um Mindestlöhne oder Leiharbeit geht. Und wir finden große Unterstützung in der Politik. Aber ich meine ausdrücklich auch Themen wie die **Innovationsfähigkeit** der deutschen Wirtschaft und Industrie.

Auch hier finden wir Gehör zum Beispiel mit unseren Hinweisen, dass in unserem rohstoffarmen Land die gut ausgebildeten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein entscheidender Wettbewerbsvorteil sind. **Deutschland** wird im globalisierten Wettbewerb **nicht als Billigproduzent** überleben können, sondern nur **als starker Industriestandort** mit hoch innovativen Produkten und Dienstleistungen.

Kolleginnen und Kollegen,

wir schaffen es immer wieder, **Fragen der Gerechtigkeit mit Fragen der Zukunftsfähigkeit zu verbinden**. Niemand, der Angst um seinen Job hat, kann innovative Arbeit leisten – das ist so einfach gesagt und so schwer umgesetzt. Und doch nimmt man uns ab, dass wir beides miteinander verbinden wollen – und können. Deswegen haben Gewerkschaften Zukunft. Und die **Zukunft braucht Gewerkschaften**, wenn unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und soziale Gerechtigkeit realisiert werden sollen.

**Gesellschaftlicher Fortschritt braucht Gewerkschaften**. Denn die politisch Verantwortlichen haben die Gestaltung einer zukunftsfähigen Gesellschaft unter dem Vorwand der Finanz- und Eurokrisen offensichtlich aufgegeben. Oder hat irgendjemand aus welcher Partei auch immer die Formulierung einer Zielvorstellung für die zukünftige Gesellschaft vernommen? Eine Entwicklungsperspektive, eine **Leitidee für die gesamte Gesellschaft**, vor allem aber für die Millionen, die von einer gerechten Teilhabe an Arbeit und Bildung ausgeschlossen sind?

Wir haben **miteinander viele Ideen** entwickelt, wie wir diese Themen angehen können. Denn wir wissen, dass uns unsere momentan kommode Situation nicht bequem machen darf. So erfreulich Zuspruch ist – die Arbeit dürfen wir noch lange nicht einstellen.

Wir sind **weder Ersatzparlament noch außerparlamentarische Opposition**. Aber wir sind **Gestaltungsmacht** und können Treiber eines Wandels sein, der unseren Werten Solidarität und Gerechtigkeit entspricht. Auf ihnen aufbauend haben wir einen **Gestaltungsanspruch und eine große gesellschaftliche Verantwortung**. Denn Gewerkschaften vertreten eben nicht nur die Interessen der Beschäftigten, sie haben seit ihren Anfängen ihrem Selbstverständnis nach auch einen **emanzipatorischen Auftrag**.

Dieser Auftrag muss natürlich an ganz konkreten Politikfeldern abgearbeitet werden. So haben wir Anfang dieses Jahres im DGB-Bundesvorstand gemeinsam Forderungen für einen Politikwechsel formuliert und in die öffentliche Diskussion gebracht. Davon sind viele von den Parteien im Bundestagswahlkampf aufgenommen worden.

Wir wissen auch, dass viele unserer Positionen von einem Großteil der Bevölkerung geteilt werden. Wir sind also gut beraten, wenn wir **an unserem Themen und unserer einheitsgewerkschaftlichen Linie festhalten**.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

vor genau drei Wochen haben die Wählerinnen und Wähler einem Fortbestand der bisherigen Regierungskoalition eine klare Absage erteilt. Es bleibt abzuwarten, wie sich nun die eine große Volkspartei entwickeln wird, nachdem sie per Stimmzettel aus der Gefangenschaft mit dem Marktradikalismus befreit wurde. Es ist zu hoffen, dass sie sich wieder ihrer christlich-sozialen Wurzeln besinnt. Und es ist zu **hoffen, dass wir bald eine handlungsfähige und vor allem handlungswillige Regierung** haben.

Ich für mich bleibe dabei, mich nicht zu Farbmischungen und Personaltableaus zu äußern.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden nicht einfach nur zusehen, bis die macht- und personalpolitischen Überlegungen einer zukünftigen Regierung zu Ende sind. Wir wollen nicht warten und die Menschen in unserem Land können nicht warten. Wir müssen uns einmischen! Denn: Zu viele Herausforderungen, zu viele Probleme, sind in den letzten Jahren von der Bundesregierung vernachlässigt oder gar ignoriert worden.

Heute haben wir klare Vorstellungen davon, was eine neu zu bildende Bundesregierung schnell regeln muss. Jetzt ist die **Zeit** gekommen **zu ernten**, was wir gemeinsam gesät haben. Es ist **Zeit für eine sozial gerechte Politik**, Kolleginnen und Kollegen!

Und es ist Zeit für eine Politik, die Probleme löst und Zukunft gestaltet. **Konkret fordern wir:**

- die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns von mindestens 8,50 Euro,
- die Erleichterung von Allgemeinverbindlicherklärungen,
- die Verhinderung des Missbrauches von Werkverträgen und Leiharbeit, zum Beispiel durch mehr Mitbestimmung,
- die Schaffung sicherer und flexiblerer Übergänge aus dem Berufsleben in die Rente,
- den Aufbau einer Demografie-Reserve in der Rentenversicherung,
- einen Masterplan für die Umsetzung der Energiewende und
- mehr Investitionen in Infrastruktur und Bildung.

Die **kurzfristige Umsetzung** dieser Maßnahmen wird auch der **Gradmesser** dafür sein, inwieweit es die politisch Verantwortlichen ernst meinen mit der im Grundgesetz verankerten Würde des Menschen.

Armut trotz Arbeit und Armut im Alter sind damit nicht vereinbar, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Es ist also höchste Zeit für eine neue Ordnung der Arbeit. Die Arbeit nicht nur gerechter, sondern auch sicherer macht. Wie wichtig das ist, auch im

internationalen Kontext, haben uns unlängst die tragischen Ereignisse in Thüringen und Katar gezeigt.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

auch bei anderen Themen ist es höchste Zeit endlich zu Handeln.

Es ist jetzt mehr als zwei Jahre her, dass die damalige Bundesregierung eine **Energiewende** ausgerufen hat. Seitdem haben wir erlebt, dass das Ausrufen deutlich leichter als das Umsetzen ist. Ich glaube wir alle sehen in der Energiewende enorme Chancen für unsere Wirtschaft, für unsere Industrie, ja, für unser Land. Allerdings darf es nicht sein, dass diese Chancen durch Untätigkeit verspielt werden.

Ich weiß, wie sehr sich die IG BCE bei diesem Thema engagiert. Und wie berechtigt eure Forderungen und Erwartungen an die Politik sind. Es ist zum Beispiel doch absolut selbstverständlich, dass die Preise für Energie kein Wettbewerbsnachteil für unsere Industrie sein dürfen. Und es ist genauso selbstverständlich, dass die Menschen in der Lage sein müssen ihre Wohnungen zu heizen. Es ist also sicherlich nicht zu viel von einer Regierung verlangt, dass sie dieses gesellschaftliche Schlüsselprojekt endlich steuert und nicht die Hände in den Schoß legt.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

ich will noch ein anderes Thema ansprechen, das für unsere Zukunft von sehr großer Bedeutung ist: **Europa!**

Mit der Eurokrise ist das Vertrauen vieler Menschen in das Projekt Europa gesunken. Ja, rechtspopulistische Parteien haben in einigen EU-Ländern daraus politisches Kapital geschlagen. Auch in Deutschland konnte die Alternative für Deutschland mit ihrem Anti-Eurokurs mächtig Stimmen fangen.

**Wir wollen Europa! Und wir wollen den Euro!** Aber wenn wir nicht wieder in Nationalstaaterei verfallen wollen, wenn wir nicht wollen, dass nationalistische Ressentiments das politische und gesellschaftliche Miteinander bestimmen - dann brauchen wir ein **soziales, wirtschaftlich starkes und demokratisches Europa**. Dann brauchen wir ein Europa, in dem der **Schutz sozialer Rechte Vorrang vor Marktfreiheiten** für Unternehmen hat. Dazu gehören auch der Ausbau der Mitbestimmung und eine deutliche Verbesserung der sozialen Absicherung.

Europa wird nur ein Lebensraum der Bürgerinnen und Bürger, wird nur ein Arbeitsraum der Beschäftigten werden, wenn die soziale Dimension Europas gestärkt und **neue verbindliche soziale Mindeststandards für gute Arbeit** geschaffen werden.

**Statt Lohndumping** muss in allen EU-Staaten das Prinzip „**gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort**“ gelten!

**Statt Ausbeutung** muss **faire Mobilität** für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gelten!

**Statt der gescheiterten Sparpolitik** muss die Politik Maßnahmen ergreifen, um die **Wirtschaft anzukurbeln** und deren **sozial-ökologische Modernisierung** voranzutreiben.

Wir haben dafür einen **Marshall-Plan** für Europa vorgeschlagen. Für ihn werden wir weiter streiten – hier zu Hause, aber auch auf der europäischen Bühne.

— Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Gewerkschaften sind **Gestaltungsmacht**, sie sind aber auch **Gegenmacht**, so steht es im 1996 beschlossenen Grundsatzprogramm des DGB. Wir haben in den vergangenen Jahren so manche **Abwehrschlacht** geschlagen, wenn wieder jemand mit der Abrissbirne die soziale Marktwirtschaft zertrümmern wollte. Doch es ist wie im Fußball: die Defensive muss stimmen – aber begeistern kann man die Menschen nur mit beherzter Offensive. Wir wollen **Zukunft gestalten** statt Vergangenheit bewältigen, das ist unser gemeinsamer Anspruch. Lasst uns also weiter gemeinsam für Gute Arbeit, für sichere Renten, für ein soziales Europa, für einen aktiven Staat streiten.

— Lasst uns gemeinsam für eine gerechtere Gesellschaft kämpfen.

In diesem Sinne wünsche ich Euch interessante Beratungen und kluge Beschlüsse.

Glück auf!